

Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **59 (1979)**

Heft 9

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

EIDGENÖSSISCHE WAHLEN – STUNDE DER PARTEIEN ?

Sieben Wochen sind es noch bis zu den eidgenössischen Wahlen. Am dritten Oktobersonntag gilt es ernst für die Parteien. Der Nationalrat und ein grosser Teil des Ständerats hat sich der Volkswahl zu unterziehen. Die Zahl der Rücktritte ist verhältnismässig gross: 42 in der Volkskammer und 14 im Ständerat, wobei es allerdings zu berücksichtigen gilt, dass sieben bisherige Nationalräte nunmehr für die Kleine Kammer kandidieren wollen. Diese beträchtliche Rotation könnte auf den ersten Blick als natürlicher parlamentarischer Generationenwechsel erscheinen, stächen bei näherem Zusehen nicht einige Namen von Volksvertretern im «besten politischen Alter» ins Auge, von Männern also, die sich im parlamentarischen Kräftespiel bereits solid etabliert haben und nach menschlichem Ermessen auch gut und gern noch zwei oder drei Amtsperioden im Vollsaft vor sich hätten.

Das muss zu denken geben, gerade auch deshalb, weil es sich zum Teil um Selbständigerwerbende handelt, die in «Bern» ohnehin nicht übervertreten sind. Vor allem Parlamentarier, die einen «unpolitischen» Privatberuf haben, bekunden offensichtlich immer mehr Mühe, *beide* Rollen mit der nötigen Sorgfalt und Kraft nebeneinander auszuüben. Dass prominente Volksvertreter, welche sich in der Politik wie der Fisch im Wasser fühlten, sich in dieser Situation immer wieder für Privatberuf und Familie

entscheiden, ehrt zwar diese Männer, spricht aber im Grunde gegen das System.

Anläufe zu Parlamentsreformen setzen daher meist an diesem Punkte ein, münden dann aber praktisch wieder in den Status quo aus. Die obligate Erneuerung des Bekenntnisses zum Milizsystem ist wohl regelmässig garniert mit guten Vorsätzen und Vorschlägen zur Straffung und «Verwesentlichung» des Parlamentsbetriebs. Doch der Alltag ist dann eben wieder anders. Parlamente sind nun einmal zum Reden da. Und je komplexer die politischen Zusammenhänge und je stärker die Staatstätigkeit, um so grösser ist die Neigung, die «Verwesentlichung» Verwesentlichung sein zu lassen und in den alten Trott mit seiner Terminnot und dem ständigen Gefühl mangelnder Präzision zu verfallen – nur damit die parlamentarischen Kontrollrechte auch ja nicht reduziert werden, gleichgültig ob diese Aufsichtsrechte voll wahrgenommen werden können oder nicht.

Hier liegt sicherlich eine Hauptwurzel des Unbehagens, das unsere Parlamente umgibt und die sensibleren unter ihren Mitgliedern auch ernstlich bewegt. Betroffen sind dabei nicht nur die Volkskammern selbst, sondern auch die Parteien, die das parlamentarische System faktisch tragen. Für sie ist der Wahltag nach einem volkstümlichen Wort Zahltag – Entschädigung für die Leistungen der

Vergangenheit oder zumindest für das Geschick, die eigenen Taten auch ins rechte Licht zu rücken. Doch der Ausgang des Wahlkampfes, die Bilanz der Mandatsgewinne und Verluste, sagt im Grunde nichts aus über das öffentliche Prestige des Parlaments und seiner Fraktionen. Denn die Ausmarchung erfolgt ja *innerhalb* des Systems.

Grundsätzliche Alternativen zum gegenwärtigen «Parteienstaat» stehen nicht zur Diskussion. Meist werden in den Programmen nicht einmal konkrete Lösungsangebote, sondern lediglich Problem- und Prioritätslisten offeriert. Das kann auch fast nicht anders sein. Denn einerseits weiss jedermann in diesem Lande, dass die einzelne Partei in unserem Vielparteiensystem gar nicht in der Lage wäre, die *Realisierung* konkreter Lösungen auch wirklich im Alleingang durchzusetzen. Und andererseits sind selbst innerhalb der relativ homogenen Linksparteien normalerweise die Gegensätze zu gross, als dass im Rahmen von Wahlplattformen detaillierte Lösungsangebote verbindlich formuliert zu werden vermöchten.

Was also können die Parteien im Wahlherbst denn nun eigentlich leisten, und woran sind sie zu messen? Die schweizerische Form der Demokratie beruht auf dem ungeschriebenen Gesetz, im Einzelfall bei allen Gegensätzen prinzipiell den aktiven, möglichst breit abgestützten Konsens auf eine sachlich vernünftig erscheinende, meist «mittlere» Linie zu suchen. Das setzt ein gewisses Mass

an Loyalität, vor allem aber auch ein «politisches Personal» voraus, das dieses System nicht durch engstirnigen Egoismus oder allzu starren Dogmatismus ad absurdum zu führen droht.

Eigentliche Konfliktstrategien mögen zwar «Leben in die Bude» und vor allem in die Informationsmedien bringen – in einem recht verstandenen politischen Sinne aber helfen sie uns nicht weiter. Denn Politik beschränkt sich gemäss der schweizerischen Staatsidee nicht auf den nackten Machtkampf um die Ordnung des *Gemeinwesens*, sondern verkörpert vielmehr die Summe aller Anstrengungen um die zeitgemässe Fortentwicklung des Staates, der möglichst für alle wohnlich bleiben soll. Dieser an klaren Ordnungsvorstellungen orientierte Gestaltungswille, verbunden mit dem qualitativen Ausweis der *Gestaltungsfähigkeit*, ist letzten Endes das Kriterium, an dem sich die Parteien messen lassen müssen. Beides schlägt sich in erster Linie im personellen Angebot nieder. Auf diesem Felde vor allem wird sich in den kommenden Wochen entscheiden, ob die Wahlen 1979 wirklich zu einer «Stunde der Parteien» werden. Ein weiser Mann hat einmal gesagt, in schwierigen Zeiten fänden sich immer Leute, die *geführt* werden wollen, nicht immer aber Männer, die *führen* wollen und können. An den Parteien ist es, solche Männer zu präsentieren, am Stimmbürger, sie zu wählen.

Richard Reich

WACHSENDES PROBLEMLÖSUNGS-DEFIZIT

In seinem neuesten, lesenswerten, mit provokativen Angriffen gespickten und damit herausfordernd geschriebenen Buch: «*Wohin treibt die Schweiz?*»¹, listet Prof. Walter Wittmann einen eindrücklichen Katalog von *Schwachstellen* der schweizerischen Wirtschaftspolitik auf. Sie könnten dann, so glaubt Wittmann, die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande tiefgreifend beeinflussen, wenn keine adäquaten wirtschaftspolitischen Antworten gefunden werden. Davon soll im folgenden *nicht* die Rede sein. Wohl aber von einer These des Freiburger Professors, die er spitz als das «Gesetz der zunehmenden Probleme bei sinkender Lösungskapazität» bezeichnet. Damit legt er den Finger tatsächlich auf eine wunde Stelle der helvetischen Wirtschaftspolitik.

Niemand wird in Abrede stellen wollen, dass die Schweiz an der Schwelle zu den 80er Jahren vor einer imposanten Summe ungelöster wirtschaftlicher und sozialer Probleme steht. Beunruhigend ist bei dieser Sachlage, dass die Problemlösungskapazitäten, die unserem Lande zur Verfügung stehen, mit dieser Entwicklung in der Tat nicht Schritt gehalten haben. Die schweizerische Wirtschaftspolitik benimmt sich weiterhin so, als habe sich in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren nichts geändert. Sie agiert vorwiegend unter Voraussetzungen, die ein kürzerfristig und punktuell angelegtes Handeln begünstigen. Es mangelt, mit andern Worten, an Strategien, die einige Aussicht darauf versprechen, dass auch

die längerfristig sich abzeichnenden Aspekte in den Griff genommen werden können. Es mangelt weiter an Strategien, die die wirtschaftspolitische Einsicht signalisieren würden, dass Teillösungen immer auch auf dem Hintergrund einer ganzheitlichen Denkweise zu erfolgen haben, dass also die mannigfachen Interdependenzen mit in die Betrachtungen einzu beziehen sind.

Das Übel, das hier zweifellos zu Recht diagnostiziert wird, hat grundsätzlich *zwei* Wurzeln. Einmal visiert es die wirtschaftspolitischen *Spielregeln* selbst. Die wirtschaftspolitische Willensbildung präsentiert sich letztlich als ein Konfliktregelungsmechanismus. Ihre Qualität ist deshalb an ihrer Fähigkeit zu messen, wirtschaftliche Probleme so zu lösen, dass die Ergebnisse eine hohe Ziel- und Ordnungskonformität aufweisen. Dazu sind – zweitens – Entscheidungsgrundlagen notwendig, die mit einiger Sicherheit die Folgen bestimmter Handlungsabläufe aufzeigen und die gleichzeitig die Handlungsschwerpunkte fixieren, die eine möglichst hohe Ziel- und Ordnungskonformität sicherstellen. Das ist eine vorwiegend wissenschaftliche Angelegenheit. Wünschenswert wäre sodann ein wirtschaftspolitisches Prozedere, das beide Aspekte, die politische Entscheidungsfindung und die wissenschaftlichen Entscheidungsgrundlagen, näher zusammennücken lässt.

Leider haben nun aber auch die Wissenschaftler wenig Grund, sich selbstbewusst auf die Brust zu klopfen und sich in der Auffassung zu sonnen,

dass alles besser gekommen wäre, wenn sich die Politiker nur etwas konsequenter an ihren Ratschlägen orientiert hätten. Einmal sind auch die wissenschaftlichen Problemlösungskapazitäten in der Schweiz bei weitem nicht über jeden Zweifel erhaben – in diesem Bereiche drängt sich eine Überdenkung bzw. eine Restrukturierung der Forschungskapazitäten mit Blickrichtung auf eine höhere Effizienz ebenfalls imperativ auf –, und sodann sind weiter die

«wissenschaftlich begründeten» Meinungsdifferenzen nicht unbedingt dazu angetan, das Vertrauen in die «Unfehlbarkeit» der Experten zu verbessern. Die Wissenschaftler machen es den Politikern nicht selten zu leicht, sich von ihren Empfehlungen zu distanzieren.

Willy Linder

¹ Wittmann, Walter, «Wohin treibt die Schweiz?», Verlag Scherz, Bern, 1979.



Der Versicherungsexperte der Basler ist im Bild. Er gibt Ihnen zuverlässig Auskunft über genau geplanten und persönlich abgestimmten Versicherungsschutz

in allen Versicherungsbranchen

Rufen Sie ihn an. – Er weiss, was Sie wissen müssen!

 **Basler**
Für alle Fälle